I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

	Seite
Literatur- und Quellenverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIV
EINLEITUNG	1
1. Fragestellung	1
2. Abgrenzungen	2
3. Methode und Aufbau der Arbeit	3
 Erster Teil 	
<u>ENTSTEHUNG UND RECHTLICHE BEDEUTUNG DES KONJUNKTURARTIKELS</u>	6
 Kapitel 1 	
<u>VOM KRISENARTIKEL ZUM KONJUNKTURARTIKEL</u>	6
A. <u>Die verfassungsrechtliche Lage vor dem Konjunkturartikel</u>	6
I. Artikel 31quinquies BV (1947)	7
1. Entstehung des Krisenartikels	7
2. Ursprünglicher Zweck des Krisenartikels	9
3. Verhältnis des Krisenartikels zu Artikel 31 BV	10
4. Krisenartikel und Inflationsbekämpfung	14
5. Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen in der Krisenbekämpfung	16
6. Ausführungsgesetzgebung zu Artikel 31quinquies BV (1947)	17
II. Geld- und Kreditwesen	20
1. Stand der Diskussion um das Notenbankinstrumentarium 1968/69	20
2. Neuere Diskussion über die Tragweite von Artikel 39 BV	22

III. Oeffentliche Finanzen	25
1. Konjunkturbewusste Finanzpolitik und Artikel 42bis BV	25
2. Die Bundesfinanzordnung als Grenze einer konjunkturorientierten Steuerpolitik	27
IV. Aussenwirtschaft	29
1. Das "Exportdepot" und die Zollartikel der BV	29
2. Schutz der Währung	31
V. Weitere konjunkturpolitisch bedeutsame Bundes- kompetenzen	32
VI. Verfassungsdurchbrechendes Dringlichkeitsrecht	33
B. <u>Die Entstehung des Konjunkturartikels</u>	36
I. Notwendigkeit eines neuen Konjunkturartikels	36
1. Ungenügende Verfassungsgrundlagen (Zusammenfassung A.)	36
2. Beweggründe für die Konjunkturpolitik	38
II. Anforderungen an die konjunkturpolitische Verfassungsgrundlage	40
1. Konzept der Konjunkturpolitik	40
2. Verfassungsrechtliche Probleme	43
III. Werdegang des Konjunkturartikels	47
1. Erste Vorlage 1974	47
2. Erarbeitung einer Neuauflage	54

Kapitel 2

<u>INHALT UND RECHTLICHE BEDEUTUNG DES KONJUNKTURARTIKELS</u>	60
A. <u>Rechtliche Charakterisierung des Konjunkturartikels</u>	60
I. Kompetenz und Auftrag	60
II. Umschreibung und Abgrenzung der Bundeskompetenz	64

B. <u>Die Zielsetzungen des Konjunkturartikels</u>	67
I. Konjunkturpolitik im Dienste der Wohlfahrts- förderung	68
II. Ausgeglichenere konjunkturelle Entwicklung	69
III. Verhütung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Teuerung	72
IV. Weitere Stabilisierungsziele	75
V. Regionalpolitische Rücksichtnahme	76
VI. Zielbeziehungen	77
C. <u>Das Instrumentarium des Konjunkturartikels</u>	78
I. Mittel der Konjunkturpolitik	79
II. Der Konjunkturartikel im Rahmen der Wirtschafts- verfassung	83
1. Konjunkturpolitik und Handels- und Gewerbe- freiheit	83
2. Die verfassungsmässigen Mittel der Konjunk- turpolitik	90
III. Die öffentlichen Finanzen als Mittel der Kon- junkturpolitik und die Wirtschaftsfreiheit	95
1. Öffentliche Finanzen und Handels- und Gewerbefreiheit	95
a) Konjunkturpolitische Abgaben und HGF	96
b) Konjunkturpolitische Subventionen und HGF	99
c) Ergebnis	102
2. Finanzpolitische Befugnisse des Bundes aufgrund von Absatz 2	103
D. <u>Die Träger der Konjunkturpolitik</u>	107
I. Konjunkturpolitik als Bundesaufgabe	107
II. Mitverantwortung der Kantone und Gemeinden	108
III. Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen und der Wirtschaft	109
IV. Rechtssetzungsverfahren	111
V. Vollzugsorganisation	112

Zweiter Teil

DIE FINANZ- UND ABGABERECHTLICHEN BESTIMMUNGEN DES KONJUNKTURARTIKELS

114

Kapitel 3

DER VERFASSUNGS-AUFTRAG AN DEN BUND, DIE KANTONE UND GEMEINDEN ZU EINER KONJUNKTURORIENTIERTEN BUDGETPOLITIK

(Absatz 3 Satz 1)

114

Einführung: Der öffentliche Haushalt als Mittel der
Konjunkturpolitik im Bundesstaat

114

A. Der Inhalt des Verfassungsauftrages

117

I. Die Berücksichtigung der Erfordernisse der
Konjunkturlage

117

1. Die Erfordernisse der Konjunkturlage

117

2. Die Berücksichtigung der konjunkturellen
Erfordernisse

122

II. Die Aufstellung des Voranschlags

124

1. Begriff und Funktionen des Voranschlags,
Budgetprinzipien

124

2. Budgetkompetenzen und -verfahren

126

3. Die Rechtsnatur des Voranschlags

128

4. Die rechtliche Gebundenheit des Voranschlags

130

5. Die Verbindlichkeit des Voranschlags

134

6. Das Budgetrecht im weiteren Sinn

136

B. Die Adressaten des Verfassungsauftrages

138

I. Der Geltungsbereich von Absatz 3 Satz 1

138

II. Unmittelbare Anwendbarkeit oder Ausführungs-
gesetzgebung?

143

C. <u>Die rechtliche Tragweite von Absatz 3 Satz 1</u>	147
I. Der Auftrag an den Bund	147
II. Kompetenz des Bundes gegenüber den Kantonen und Gemeinden?	149
III. Der Auftrag an die Kantone und Gemeinden	158
IV. Kompetenzzuweisung an die Kantone und Gemeinden?	164
V. Das Verhältnis zwischen Kanton und Gemeinden	167
VI. Die Koordinierung der Budgetpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden (zugleich Zusammenfassung)	169

Kapitel 4

<u>DIE KONJUNKTURPOLITISCHEN BEFUGNISSE DES BUNDES IM BEREICH DER BUNDESABGABEN</u> (Absatz 3 Sätze 2-4)	172
I. Zuschläge und Rabatte auf Bundesabgaben als Mittel der Konjunkturpolitik	173
II. Rechtliche Charakterisierung der Zuschläge und Rabatte	174
III. Die Befugnisse des Bundes aufgrund von Absatz 3 Satz 2	178
1. Unzulässigkeit von "Sonderabgaben"	178
2. Die konjunkturpolitisch einsetzbaren Abgaben	179
3. Der Umfang der Variationskompetenz	183
IV. Das Verhältnis zwischen Gesetzgeber und Regierung	186
1. Das Erfordernis der gesetzlichen Grundlage und die Notwendigkeit der Gesetzesdelegation	186
2. Der Vorbehalt des Gesetzes in Artikel 32 BV	188
3. Die Gesetzmässigkeit von Abgaben	193
4. Ergebnis	194
V. Konjunkturgerechte Verwendung der abgeschöpften Mittel	195
1. Die vorläufige Stilllegung der Zuschläge (Absatz 3 Satz 3)	196

2. Die endgültige Verwendung der Zuschläge (Absatz 3 Satz 4)	197
a) Die Unterscheidung von direkten und indirekten Abgaben	197
b) Rückerstattung und Verwendung der Zuschläge	200
VI. Zusammenfassung	201